

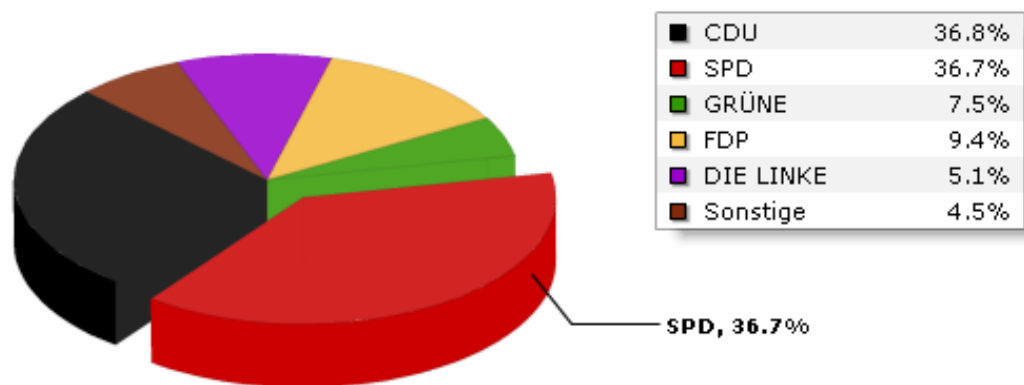


# Der neue Landtag in Wiesbaden

## Wahlergebnisse – Landesebene

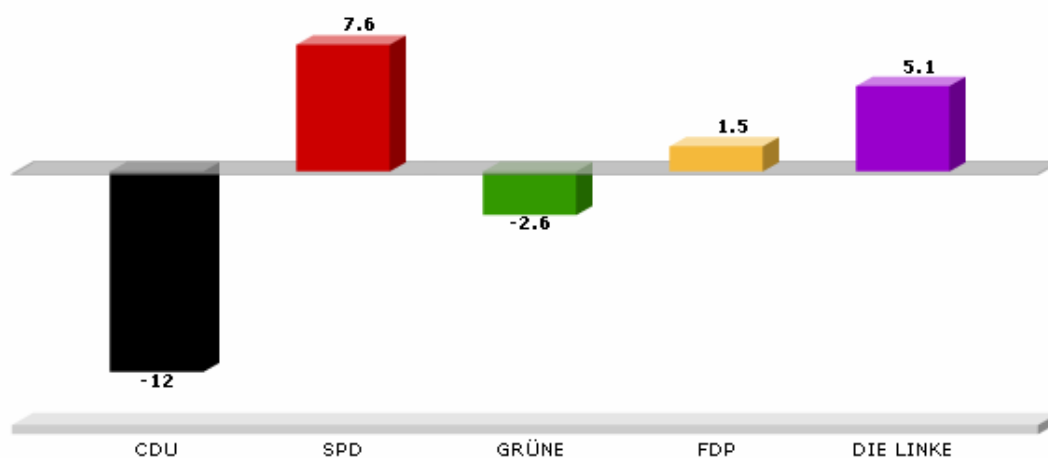
### Grafische Darstellung: Hessen

#### Anteile der Parteien 2008 in Prozent



### Grafische Darstellung: Hessen

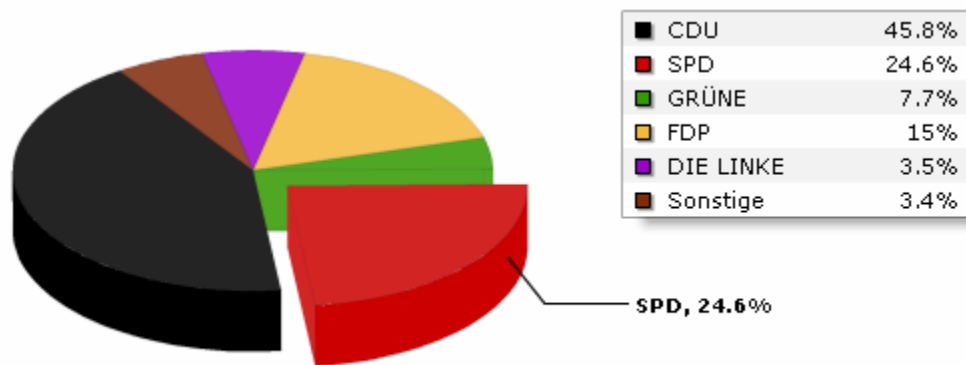
#### Gewinn- und Verlustrechnung der Landesstimmenanteile 2008 gegenüber 2003 in %-Punkten



Eine rechnerische Mehrheit gibt es für CDU und FDP nicht. Für SPD und B90/Grüne jedoch auch nicht.

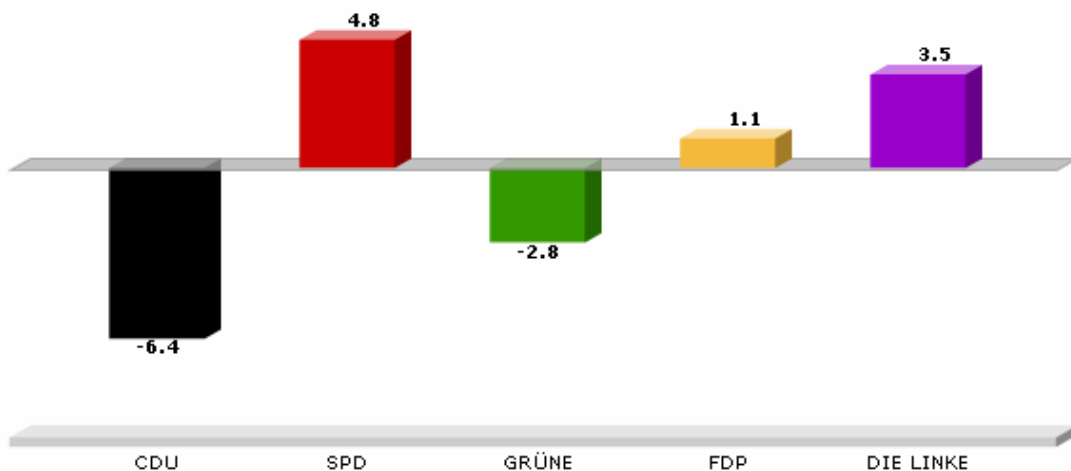
**Grafische Darstellung: 32 Main-Taunus I**

**Anteile der Parteien 2008 in Prozent**



**Grafische Darstellung: 32 Main-Taunus I**

**Gewinn- und Verlustrechnung**  
der Landesstimmenanteile 2008 gegenüber 2003 in %-Punkten



## Der neue Landtag in Wiesbaden Meine neuen Aufgaben



Nach dem sich die neue SPD-Fraktion gebildet hat, wurde ich als Justiziarin in den Fraktionsvorstand der Landtagsfraktion gewählt.

### **Meine weiteren Funktionen:**

Mitglied im Wahlausschuss zur Wahl richterlichen Mitglieder des  
Staatsgerichtshofs

Mitglied im Richterwahlausschuss

Mitglied in der Landespersonalkommission

Stellv. Mitglied in der Kommission gem. dem Hessischen Ausführungsgesetz  
zu Artikel 10 Grundgesetz

Mitglied in der Parlamentarischen Kontrollkommission nach § 20 des  
Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz

Sprecherin des Unterausschusses Justizvollzug

### **Meine Ausschüsse:**

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Unterausschuss Justizvollzug

## Ausgewählte Pressemitteilungen aus dem Wahlkampf

29.08.07

Schwalbach (Schwalbacher Zeitung)

### **Genug Stunden? - Nancy Faesers Zweifel**



Erhalten die Kinder im Main-Taunus-Kreis genügend Unterrichtsstunden? Die Schwalbacher SPD-Landtagsabgeordnete Nancy Faeser zweifelt daran.

Obwohl die CDU Landesregierung immer wieder betont die Unterrichtsgarantie werde erfüllt, sieht die Realität auch im neuen Schuljahr anders aus. In Hessen bestünde eine nach wie vor nicht zufrieden stellende Lehrerversorgung. Das Kultusministerium habe im Jahr 2000 Stundentafeln festgelegt, die festschreiben wie viel Unterricht in welchen Fächern pro Jahrgangsstufe unterrichtet werden muss. In der jüngsten Zeit häufen sich nach Meinung von Nancy Faeser die Informationen, dass die Stundentafeln nicht erfüllt werden. Besonders im Bereich Sport werden oft, auch aufgrund

fehlender oder zu kleiner Schulsportanlagen, zu wenig Stunden unterrichtet.

Realistische Zahlen über die Erfüllung der Stundentafeln über das Kultusministerium oder die Schulen zu erhalten ist schwierig. Das Kultusministerium verleugnet das Problem und die Schulen thematisieren dies aus Sorge um die Schüler-Neuanmeldungen auch nicht, kommentiert Nancy Faeser.

Viele Eltern kennen laut Faeser die Stundentafeln nicht und fühlen sich alleingelassen mit ihren Sorgen um die Bildung ihrer Kinder. Deshalb bietet die SPD-Landtagsabgeordnete auf ihrer Internetseite ([nancy-faeser.de](http://nancy-faeser.de)) die Möglichkeit sich umfassend zu informieren und die Stundenpläne mit den Stundentafeln zu vergleichen.

03.09.07

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Nancy Faeser (SPD) lobt Nachbarland Schweiz für Umgang mit jungen Strafgefangenen: Mauern bieten keine dauerhafte Sicherheit**

Kritik an Justizminister Banzer: Gewalt unter jungen Strafgefangenen nicht mit noch mehr Repression bekämpfen

„Unsere Schweizer Nachbarn machen es vor: Mit jungen Straftätern muss diszipliniert und mit hohem sozialem Engagement gearbeitet werden. Das führt am Ende zu größerem Erfolg als die in Hessen praktizierte Politik des Wegschließens. Mit Einrichtungen wie dem Arxhof bei Basel können wir es schaffen, die derzeitige Rückfallquote real um mindestens die Hälfte zu verringern“, sagte heute die Justizvollzugsexpertin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser. Ein solches Vorgehen wie in der Schweiz wäre aber das genaue Gegenteil dessen, was Hessens Justizminister Banzer bevorzuge. Die CDU gaukle seit langem der Bevölkerung vor, dass Mauern Sicherheit schaffen. „Das gilt aber nur für die Zeit der Haft – danach

werden über 80 Prozent der jugendlichen Häftlinge wieder kriminell – zum Schaden der gesamten Gesellschaft“. Die Union sei in dieser Frage auf einem gefährlichen Irrweg. Die Frage der Gewalt unter jungen Strafgefangenen in hessischen Justizvollzugsanstalten könne nach Ansicht der Sozialdemokratin nicht mit noch mehr Repression – beispielsweise Kameraüberwachung – gelöst werden, viel eher mit Maßnahmen, wie sie in der Schweizer Einrichtung Arxhof praktiziert würden. Faeser empfahl hierzu die Lektüre des „Wiesbadener Kurier“ von heute: „Mauern und Zäune gibt es nur in den Köpfen - Die Schweiz geht im Umgang mit kriminellen Jugendlichen mit großem Erfolg neue Wege

03.10.07

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Jürgen Walter und Nancy Faeser in SPD-Zukunftsteam berufen**



Die SPD-Spitzenkandidatin zur Landtagswahl am 27. Januar 2008, Andrea Ypsilanti, stellt am Donnerstag in Wiesbaden – nach Dr. Hermann Scheer für Umwelt und Wirtschaft und Rainer Domisch für Bildung - zwei weitere Mitglieder ihres Zukunftsteam vor: Nach einem sozialdemokratischen Wahlsieg solle der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretende Landesvorsitzende, Jürgen Walter, Hessischer Innenminister und die SPD-Landtagsabgeordnete Nancy Faeser

Justizministerin in Hessen werden.

„Jürgen Walter und Nancy Faeser stehen für eine sozialdemokratische Innen- und Rechtspolitik mit Weitblick, Augenmaß und Professionalität - beide sind aufgrund ihrer beruflichen Herkunft als Juristen fachlich hoch qualifiziert und genießen große Anerkennung innerhalb und außerhalb unserer Partei.“

„Mehr Gesetze allein bringen nicht mehr Sicherheit“ sagte Ypsilanti und stellte sich damit der konservativen Innen- und Rechtspolitik der letzten Jahre entgegen. „Mehr Sicherheit für die Bürger bringen gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten, die nicht aufgrund von Personalnot erschöpft und demotiviert sind.“ Deren Arbeit dürfe nicht Amateuren überlassen werden, kritisierte die SPD-Spitzenkandidatin im Hinblick auf den von der CDU eingeführten freiwilligen Polizeidienst auf kommunaler Ebene.

Massive Kritik übte Ypsilanti am Personalabbau der letzten Jahre bei Justiz und Polizei und an der Verlängerung der Arbeitszeiten für Beamte. „Polizei, Justiz und Vollzug ächzen und stöhnen unter Personalnot. Diese Fehlentwicklung werden wir korrigieren, mehr Personal zur Verfügung stellen und die 42-Stunden-Woche Schritt für Schritt zurückdrehen.“

„Für uns bleibt innere Sicherheit ein Thema, bei dem es viel Augenmaß braucht. Natürlich muss bestraft werden können, wer sich beispielsweise in einem Terrorlager zum Attentäter ausbilden lässt. Auf der anderen Seite dürfen aber auch die Freiheitsrechte nicht durch unverhältnismäßige Eingriffe eingeschränkt werden. Wir Sozialdemokraten nehmen für uns in Anspruch, dass wir das genau abwägen“, so Ypsilanti. Daneben müsse endlich die Kriminalprävention wieder eine herausgehobene Rolle spielen. „Es gilt, Straftaten so gut wie möglich zu verhindern. Eine gute Bildungs- und Sozialpolitik trägt dazu maßgeblich bei. Die Sozialkürzungen

der Operation ‚Düstere Zukunft‘ haben auch bei der Inneren Sicherheit ihre Schatten hinterlassen.“

Eine SPD-Regierung mit Jürgen Walter als Innenminister werde auch beim Tarif- und Dienstrecht zur bewährten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Beamtenvertretungen und Personalräten zurückkehren. „Das von der CDU zu verantwortende Tarifdiktat per Gesetz für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst ist ein Skandal und entspricht nicht der sozialen Tradition unseres Landes. Für uns Sozialdemokraten gilt immer noch, dass die öffentlichen Arbeitgeber beim Umgang mit ihren Mitarbeitern eine Vorbildfunktion haben. Ein Tarifdiktat, das wir für die freie Wirtschaft ablehnen, kann es auch für die Tarifbeschäftigten des Landes nicht geben. Wir werden diesen Fehler korrigieren und in den Arbeitgeberverband der Länder zurückkehren. Ein fairer Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann nur in freien Verhandlungen mit der Gewerkschaft erfolgen - nicht durch Anordnung der Regierung“.

22.10.07

Pressemitteilung (Hofheim)

### **Kochs Spielchen mit dem Nachtflugverbot sind schallende Ohrfeigen für die Bewohner des Main-Taunus-Kreises**



Als „vollkommen inakzeptabel“ bezeichneten heute die SPD-Landtagsabgeordnete Nancy Faeser und die SPD-Landtagskandidatin Cornelia Koall das Abrücken von Roland Koch vom geplanten Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen. Koch hatte in einem Zeitungsinterview am Wochenende angekündigt, dass es möglich sei, dass es

kein Nachtflugverbot geben werde.

„Der Ministerpräsident spielt mit den Bürgern ein Spielchen. Es kann nicht sein, dass Herr Koch einfach so den Kurs ändert. Seit dem Jahr 2000 ist von allen Beteiligten in der Region klar formuliert worden, dass von 23 Uhr bis 5 Uhr keine Flugzeuge starten oder landen sollen. Hier darf gerade ein Ministerpräsident nicht vom ursprünglichen Kurs abrücken. Wir können nur warnen, das versprochene Nachtflugverbot von politischer Seite zu unterlaufen, so wie es die CDU-Landesregierung in ihrer Gutsherrenart oftmals gerne macht“, so Faeser und Koall.

„Unpassend“ nannten Faeser und Koall Kochs Hinweise auf Sonntagsfahrverbote in den 70er Jahren. Er wolle doch wohl nicht ernsthaft einen Gemüselaster auf der A 66 mit einem A 380 bei Nacht vergleichen. Die Lärmbelastung durch den Frankfurter Flughafen könne man nicht klein reden – sie sei gegeben und müsse begrenzt werden, eben durch ein Verbot planmäßiger Starts und Landungen von 23 bis fünf Uhr. Alles andere ist eine Ohrfeige für die Bürger der jetzt schon stark betroffenen Regionen.

13.11.07

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Jugend-Boxcamp in Diemelstadt bestätigt SPD-Position zu Jugendstrafvollzug**

„Der intensive und pädagogische Umgang mit straffälligen und schwierigen Jugendlichen ist besser als ihre technische Überwachung“, sagte heute Nancy Faeser (SPD-ZUKUNFTSTEAM Justiz). Faesers Besuch der von Boxprofi Lothar



Kannenberg initiierten und geleiteten Jugendhilfeeinrichtung „Trainingscamp Lothar Kannenberg“ habe gezeigt, dass man in der Jugendarbeit mit gewalttätigen, straffällig gewordenen oder schwer erziehbaren Kindern nur dann erfolgreich arbeiten könne, wenn man diese intensiv pädagogisch betreue.

Auch habe der Besuch in Diemelstadt einmal mehr gezeigt, wie wichtig es für den Erfolg einer sozialen Wiedereingliederung ist, dass die Jugendlichen sich in ihrer Freizeit nicht

allein und sich selbst überlassen blieben. Gerade das Ausfüllen der Freizeit und der Wochenenden mit sinnvollen und anregenden Tätigkeiten sei eines der größten Probleme der betroffenen Jugendlichen. Der von Lothar Kannenberg erarbeitete sportliche Ansatz und die in der Jugendhilfeeinrichtung umgesetzte durchgängige pädagogische Betreuung durch geschultes und qualifiziertes Personal stelle hier ein vorbildliches Modell dar.

Faeser sehe in dieser hessischen Einrichtung deutliche Parallelen zum Umgang mit Jugendlichen im Strafvollzug, wie er beispielsweise in Baden Württemberg im Projekt „Chance“ und im Schweizer „Arxhof“ umgesetzt werde. Dies wolle man in Hessen in einem Modellprojekt umsetzen, sagte die Rechtspolitikerin, die in der SPD-Landtagsfraktion für den Justizvollzug zuständig ist. Aus diesem Grunde werde man Herrn Kannenberg auch bei seinen Bemühungen um die Errichtung einer Folgeeinrichtung ebenso unterstützen wie bei der Finanzierung der wissenschaftlichen Evaluation seines aktuellen Projekts.

Ebenso wie die Einrichtungen in Baden Württemberg und der Schweiz müsse man endlich auch in Hessen erkennen, auf welche Weise sich im Umgang mit delinquenten Jugendlichen der hohen Gewaltbereitschaft begegnen lasse und wie sich Rückfallstraftaten wirkungsvoll vermeiden ließen. Die SPD habe diesen Weg mit ihrem Gesetz für ein Jugendstrafvollzugsgesetz offensiv beschreiten wollen, während sich die CDU nur zögerlich an dieses Thema heranwage und nach wie vor in erster Linie auf Repression, Wegschließen und technische Überwachungsmaßnahmen setze, stellte Faeser fest. Deshalb sei ein Politikwechsel am 27. Januar 2008 dringend erforderlich, um die Rückfallquote von 80 Prozent endlich zu senken und Hessen für seine Bürger sicherer zu machen.

21.11.07

Hofheim (Pressemitteilung)

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss auch bezahlbar sein**



Nancy Faeser besucht Kinderkrippe „Kleine Strolche“ in Kelkheim Die designierte Justizministerin der SPD, Nancy Faeser, besuchte am Montag (19.11.07) die Kinderkrippe „Kleine Strolche“ in Kelkheim. Die Einrichtung wird vom gemeinnützigen Verein „Kelkheimer Perspektiven e. V.“ betrieben. Faeser informierte sich über das pädagogische Konzept der Einrichtung für ein bis drei jährige Kleinkinder. „Es ist wichtig,

dass berufstätige Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder während der Arbeit in vertrauensvolle Hände zu geben. Die Kinderkrippe ist hier ein hervorragendes Beispiel, wie die Kinderbetreuung der Zukunft aussehen kann. Dies wird von der CDU-Landesregierung offensichtlich anders gesehen. Ein Krippenplatz kostet schnell 500 Euro im Monat.

Leisten können sich dies nur wenige Eltern. Dabei kommt es in vielen Familien vor, dass beide Elternteile arbeiten müssen. Von sozialer Gerechtigkeit oder Erziehungspolitik mit Weitblick keine Spur. Hier muss eine Landesförderung her, die allen Berufstätigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch wirklich ermöglicht.“, so Faeser im Anschluss an den Besuch in Kelkheim.

21.11.07

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Arbeitsbedingungen in Justizvollzug frustrierend und demotivierend**



Anlässlich ihres heutigen Besuches in der Justizvollzugsanstalt Butzbach stellten die als Justizministerin einer künftigen SPD-Landesregierung designierte Landtagsabgeordnete, Nancy Faeser, der für die Position als Innenminister vorgesehene Landtagsabgeordnete, Jürgen Walter, und der Landesbezirksleiter der ver.di Hessen, Jürgen Bothner, gemeinsam fest, dass die Arbeitsbelastung der Landesbediensteten in sämtlichen Bereichen der Landesverwaltung

in den letzten Jahren massiv zugenommen und die Arbeitsbedingungen sich gleichzeitig erheblich verschlechtert hätten.

Als Ursache hierfür machte Jürgen Bothner unter anderem die erheblichen Stellenstreichungen der letzten Jahre in der allgemeinen Verwaltung, dem Bildungsbereich sowie den personalintensiven Sicherheitsbereichen Polizei und Strafvollzug verantwortlich, die trotz Aufgabenzuwachs von der CDU-Landesregierung ohne Rücksicht auf die Bediensteten durchgeführt worden seien.

Allein für die Polizei habe das Vorgehen der Landesregierung nach Angaben von Jürgen Walter zur Folge, dass die im Schicht- und Wechseldienst eingesetzten Polizisten durch die Verlängerung der Arbeitszeit um 3,5 Stunden pro Woche 14 Tage zusätzlich im Jahr ihren anstrengenden Dienst versehen müssten. Zudem würden Stellenstreichungen und Personalkürzungen dazu führen, dass für die eigentlichen Polizeiaufgaben immer weniger Polizeibeamte zur Verfügung stünden.

Der Besuch heute in Butzbach habe Faeser, Walter und Bothner wieder einmal gezeigt, dass das Gleiche im Wesentlichen auch für den Justizvollzug gelte. Während die Personalplanung des Justizministeriums im Oktober 2005 noch 1.849,5 Bedienstete im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) vorgesehen habe, sei die Anzahl der Stellen im Landeshaushalt des laufenden Jahres bereits auf 1.728 gesunken, so Faeser. Der von der CDU-Regierung für das Jahr 2008 aufgestellte Haushalt sehe auch nur 1.729 Stellen vor. Damit habe sich der Personalbestand des uniformierten allgemeinen Vollzugsdienstes, der neben den Behandlungsvollzug auch für die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten verantwortlich sei, um 6,52 Prozent (120,5 Stellen) verringert. Und dies, obwohl die Anzahl der Gefangenen mit 5.693 im Jahr 2005 und 5.534 im Jahr 2006 sich bis heute kaum verändert habe, so die Rechtspolitikerin.

Die Folge sei, dass beispielsweise in der JVA Butzbach – einer Justizvollzugsanstalt der höchsten Sicherheitsstufe, in der unter anderem schwere Gewaltverbrecher und Sexualstraftäter einsäßen – ein Bediensteter pro Station für 70 Gefangene zuständig sei, hob die Sozialdemokratin hervor.

Hinzu getreten seien das Tarifdiktat, zusätzliche Einkommensreduzierungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie ein Rückbau bei den personalrechtlichen Mitbestimmungsrechten, so dass die Stimmung nach Ansicht des hessischen ver.di-Chefs Bothner bei den Bediensteten auf dem Nullpunkt angekommen sei.

Doch nicht nur diese sich permanent verschlechternden Rahmenbedingungen bereiteten Faeser, Walter und Bothner große Sorge, sondern auch die sich hieraus ergebende zunehmende Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung. So habe der Justizminister nicht nur die Tradition seines Vorgängers fortgesetzt und die Vorbereitungsmaßnahmen zur Haftentlassung reduziert, sondern darüber hinaus bereits angekündigt, dass die Resozialisierungsbemühungen, die man noch bereit gewesen sei, für den Jugendstrafvollzug umzusetzen, im Erwachsenenstrafvollzug nicht Ziel des Handelns seien. Eine solche Einstellung verhindere nach Auffassung der Rechtspolitikerin Faeser nicht nur eine gezielte soziale und gesellschaftliche Wiedereingliederung Straffälliger, sondern erhöhe vielmehr die Zahl der rückfälligen Straftäter. Die Folge wären also neue Straftaten, zusätzliche Opfer von Straftaten und damit eine zunehmende Gefährdung der Bevölkerung sein.

Ebenso halte es Walter für unverantwortlich, die Anzahl der für die Sicherheit der Bürger eingesetzten speziell ausgebildeten Polizeibeamten durch den Abbau von 1.186,5 Polizeibeamtenstellen zu reduzieren, rund 750 Tarifstellen bei der Polizei abzubauen, die Übernahme von Verwaltungsaufgaben Polizeibeamten zu überlassen und die Zusammenlegung oder Schließung von Dienststellen zu betreiben. Dies alles geschehe derzeit in Hessen und der Bevölkerung werde Sicherheit durch einzelne Sonderermittlungsgruppen, technische Überwachungsmaßnahmen oder ehrenamtliche Polizeihelfer vorgegaukelt. Diese Entwicklung wollten die Sozialdemokraten Faeser und Walter nach einem Wahlsieg ihrer Partei am 27. Januar 2008 und als künftige Minister des Landes Hessen im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung beenden.

Bothner begrüßte die Ankündigung der Sozialdemokraten ausdrücklich und hob hervor, dass es in diesen – aber auch in allen anderen Landesbereichen, wie zum Beispiel den Regierungspräsidien, bei denen seit 2005 538 Stellen (das seien rund elf Prozent) abgebaut worden seien – wieder dringend erforderlich sei, dass die Beamten und Tarifangestellten wieder Arbeitsbedingungen vorfänden, die der Leistungsbereitschaft der Bediensteten gerecht werde und den öffentlichen Dienst in Hessen wieder zukunftsorientiert und bürgernah aufstelle.

Der von Faeser und Walter angekündigte Schritt, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die SPD in Hessen die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden pro Woche zu reduzieren sowie in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren sei dabei nach Ansicht Bothners ebenso richtig und notwendig, wie eine ausreichende personelle Ausstattung damit das Land seine Aufgaben auch weiterhin erfüllen könne. In all diesen Fragen habe man eine hohe Übereinstimmung zwischen der Sozialdemokratie und ver.di feststellen können, so Faeser, Walter und Bothner.

28.11.07

Hofheim (Pressemitteilung)

### **Wo G8 kein Thema ist: Nancy Faeser an der FES Schwalbach zu Gast**

Schattenministerin kritisiert CDU-Bildungspolitik Die unter dem Namen "G8" bekannte Schulzeitverkürzung wird von vielen Pädagogen und Eltern äußerst kritisch betrachtet. Schüler machen nach acht Jahren ihr Abitur, statt wie bisher nach neun Jahren. Insbesondere die Komprimierung des Lernstoffs und die dadurch verursachte Ausdehnung auf den Nachmittagsunterricht nimmt jungen Menschen die Zeit, soziale Fähigkeiten zu entwickeln, sich musisch oder künstlerisch auszuprägen oder sich in Vereinen zu organisieren, darin sind sich die Pädagogen einig.

„G8 ist das Synonym für ein krankes Bildungssystem geworden. Die CDU-Landesregierung experimentiert auf dem Rücken der Schüler herum, ohne sich über die Konsequenzen im Klaren zu sein. Alle Bildungsexperten haben abgeraten, die G8 so durchzuführen, wie es die CDU getan hat. Hören wollte das die CDU-Kultusministerin nicht. Das Ergebnis spüren Eltern, Schüler, Lehrer und Vereine. Ein Lichtblick sind an dieser Stellen die integrierten Gesamtschulen (IGS), wie die Friedrich-Ebert-Schule in Schwalbach, die von der G8 ausgenommen sind.“, so die SPD-Schattenministerin für Justiz, Nancy Faeser. Sie besuchte am vergangenen Montag (19.11.) die IGS Friedrich-Ebert-Schule (FES) in ihrer Heimatstadt Schwalbach. Dort sprach sie mit dem Schulleiter Wilfried Hülsemann über die Bildungssituation vor Ort.

„Die Friedrich-Ebert-Schule in Schwalbach macht vor, wie eine moderne Bildung in Hessen aussehen muss. Hier gibt es interessante und vielseitige Nachmittagsangebote, die vom Freizeitsport, über die Sprachförderung, bis zum ‚Presseclub‘ gehen. Die CDU setzt stattdessen auf das starre dreigliedrige Schulsystem, wo die Durchlässigkeit des Systems nicht mehr gegeben ist. Die hessische SPD dagegen setzt mit ihrem ‚Haus der Bildung‘ auf ein Konzept, das Lern- und auch Unterrichtszeit deutlich individueller und flexibler gestaltet. Durch den Umbau der gymnasialen Oberstufe zu einem echten Kurssystem erhält jedes Kind die Chance, ein eigenes Zeittempo zum Lernen zu entwickeln. Die Erfolge in Schwalbach, aber auch an anderen integrierten Schulen zeigen, dass es keinen Sinn macht, junge Menschen bereits nach der Grundschule auf einen Schulzweig festzulegen. Wichtig sind jedoch für alle Schulen kleine Klassengrößen und ausreichend pädagogische Fachkräfte, so wie es das SPD-Programm vorsieht.“, so Faeser abschließend.

04.12.07

Taunuszeitung (Kronberg)

### **Zypries und Faeser: Strafrecht reicht aus für Kampf gegen Terror**



Deutschland ist sicherheitspolitisch gut aufgestellt, Hessen nicht. Jedenfalls setzten Bundesjustizministerin Brigitte Zypries und Nancy Faeser, die hessische SPD-Schattenjustizministerin, mit dieser Einschätzung in ihren Reden am Sonntag Kontrapunkte zu den „Sonntagsreden der Regierung Koch“ (Andrea Ypsilanti im ausgelegten Wahlprospekt).

Zypries und Faeser waren mit dem heimischen Bewerber der SPD um das Landtagsmandat, Manfred Gönsch, ins Haus

Altkönig gekommen, um sich dem Spagat „Sicherheitsbedürfnis der Allgemeinheit und Freiheitsanspruch des Einzelnen“ zu widmen. Legislative, Exekutive und Judikative – Gönsch ist Richter – saßen somit nebeneinander auf dem Podium. Zypries nannte beim Thema „Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit“ die Angst vieler Bürger, beim Telefonieren vom Staat ausspioniert zu werden, unbegründet. Die Vorratsdatenspeicherung sei, wie sich nach den Anschlägen von Madrid und London gezeigt habe, nötig. Die Daten blieben jedoch bei den Telefongesellschaften nicht mehr wie früher drei, sondern nun sechs Monate vorrätig und würden auch erst beim Verdacht einer schweren Straftat und dann auch nur mit richterlichem Beschluss herausgegeben. Ausbildung in Terrorcamps will Zypries nach wie vor nicht unter Strafe gestellt wissen. Nicht jeder, der wisse, wie eine Bombe gebaut wird, sei ein Terrorist: „Was sollten wir auch mit unseren Chemielehrern machen?“, sagte Zypries, die der Meinung ist, dass ihr Kabinettskollege Wolfgang Schäuble (CDU) häufig über das Ziel hinaus schieße und damit nur Unsicherheit schüre. Nur wenn Anschläge nachweisbar vorbereitet werden, dürfe das Strafrecht greifen und dann auch nicht als „Feindstrafrecht für Terroristen“, das deutsche Strafrecht sei völlig ausreichend. Schäuble riet sie, der Onlinedurchsuchung endlich das dazu nötige BKA-Gesetz folgen zu lassen, denn nur so könne es umgesetzt werden. Auch wandte sich Zypries dagegen, die Muslime in Deutschland unter Generalverdacht zu stellen. Die allermeisten seien verfassungstreu.

Die für das Amt der Justizministerin nach der Hessenwahl vorgesehene Nancy Faeser warf der Regierung Koch vor, Sicherheit nur vorzutäuschen. Mit Stellenstreichungen bei Richtern, Staatsanwälten und Polizisten lasse sich Sicherheit nicht garantieren und schon gar nicht verbessern, wohl aber mit der SPD, die das alles rückgängig machen werde. Die mit einer Handvoll Richter neu eingerichtete Task-Force sei Augenwischerei. Wenn es auch keine absolute Sicherheit gebe, so sei es kontraproduktiv, Unsicherheit zu schüren. Prävention sei nötig, aber kein Überwachungsstaat, und Sicherheit lasse sich nicht damit erzeugen, dass man Justiz und Polizei für weniger Geld länger arbeiten lasse. Die 500 SAP-Millionen wären im Personaletat besser aufgehoben gewesen. Das Programm zeige zwar, was Justiz koste, nur könne man dagegen nichts tun. Sie warnte angesichts steigender Rückfallquoten bei Straftätern vor einem „Ausverkauf der Justiz“.

Landtagskandidat Manfred Gönsch stieß ins selbe Horn: Nur mit mehr Richtern, Staatsanwälten und Polizisten ließen sich Sicherheitslage und Strafvollzug verbessern, nicht durch fünf oder sechs Task-Force-Richter, die nur dort eingesetzt würden, wo die Not gerade am größten ist, sich aber nicht auskennen. Gönsch warnte hier vor einer „Amateurisierung der hessischen Justiz“. Auch sprach er sich gegen die Privatisierung beim Scheidungsrecht, Gerichtsvollzug oder Handelsregister aus. Damit würden die Verluste sozialisiert und die Gewinne aber privatisiert – nicht mit der SPD. Eine gute Justizpolitik sei immer auch eine gute Sozialpolitik. Dazu dürften allerdings weder die Bewährungshilfe, noch die Möglichkeiten zur Selbsthilfe beschnitten werden.

06.12.07

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Nancy Faeser (SPD): Justizminister täuscht die Öffentlichkeit**

„Justizminister Banzer täuscht beim Umgang mit jugendlichen Straftätern die Öffentlichkeit und hängt sein Mäntelchen wieder einmal in den parteipolitischen Wind der CDU“, sagte die vollzugspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, im ZUKUNFTSTEAM von Andrea Ypsilanti für den Justizbereich zuständig.



Entweder fahre der Justizminister einen parteiinternen Schlingerkurs, um die fachkundigen Hardliner um seinen Vorgänger nach außen zu beruhigen, oder er täusche die Öffentlichkeit ganz bewusst über seine Ziele und Handlungen, bewertete Faeser die jüngste Ankündigung des Justizministers, über seine Initiative zur Koppelung von Bewährungsstrafe und Jugendarrest. Insgesamt werde Banzers

Verhalten im Vorfeld der Landtagswahl immer widersprüchlicher und entlarvender.

So vertrete Banzer nach außen – als vermeintlich starker Mann der CDU – die Parteiposition, dass in Hessen künftig alles anders und der geschlossene Vollzug die Regel werde, während die von der SPD und allen anderen Experten favorisierten offenen Vollzugsformen eine ausreichend intensive und zielgerichtete Betreuung der jugendlichen Straftäter nicht gewährleisten würden.

Tatsächlich ändere sich jedoch in Hessen auch durch das neue Jugendstrafvollzugsgesetz in der Praxis kaum etwas. Schon jetzt befänden sich von den rund 450 jugendlichen Strafgefangenen lediglich rd. 10 überhaupt im offenen Vollzug. Das seien gerade einmal 2,2 % der Gefangenen. Außerdem verpflichtete Banzer einen führenden Mitarbeiter des Schweizer Arxhofs und damit einer Einrichtung des Jugendstrafvollzugs, die auch bei Gewalttätern gänzlich ohne Mauern, Stacheldraht und bewaffnete Bediensteten auskomme, weil er eine solche Einrichtung auch für Hessen plane.

Hierzu passe aber überhaupt nicht, dass Banzer jetzt auch noch die Jugendlichen, für die das erkennende Gericht eine positive Sozialprognose angenommen habe und nach Abwägung aller Umstände eine Bewährungsstrafe für richtig halte, hinter Gitter bringen wolle. Unabhängig von rechtsstaatlichen Problemen der von Banzer vorgesehenen Kombination, ignoriere der Justizminister damit die auch ihm vorliegenden Erkenntnisse aller Vollzugsexperten und Kriminologen sowie des Bundesverfassungsgerichts. Danach seien Jugendliche nämlich eher vor den schädigenden Einflüssen einer geschlossenen Unterbringung zu bewahren.

Dieses unterschiedliche Verhalten des Justizministers vor und hinter den Kulissen lege nach Ansicht Faesers den Verdacht nahe, dass dieser aus Gründen der Parteiräson oder aus eigener Überzeugung in der Wahlkampfphase wider besseres Wissen in das alte CDU-Verhaltensmuster der Polarisierung um jeden Preis ver falle, obwohl er in der Praxis bereits eine offene Vollzugseinrichtung im Sinne des abgelehnten SPD-Jugendstrafvollzugsgesetzesentwurfs plane.

Faeser kündigte an, ihren Amtsvorgänger bis April nächsten Jahres in jedem Fall in seinem Bestreben um die Schaffung einer modernen vollzugsoffenen Einrichtung zu unterstützen, um die Rückfallquote von 80 % so schnell wie möglich zu senken und die Bevölkerung vor weiteren Straftaten zu schützen. Man könne nämlich nicht einfach auf alten CDU-Pfaden weiter wandeln, wenn 4 von 5 Jugendlichen nach einem Aufenthalt im geschlossenen Vollzug wieder rückfällig würden, sagte Faeser und forderte außerdem den Justizminister auf, sich endlich auch zu seiner sozialen Vollzugspraxis öffentlich zu bekennen.

18.12.07

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Personalabbau und Arbeitsbedingungen belasten Justizvollzug**



„Personalabbau, Arbeitszeitverlängerung, Einkommenseinbußen und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen haben zu erheblichen Belastungen der Landesbediensteten im Justizvollzug in Hessen geführt“, stellten heute die zukünftige SPD-Justizministerin Nancy Faeser (MdL) und der hessische Landesbezirksleiter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Jürgen Bothner, gemeinsam fest.

Gerade die erheblichen Stellenstreichungen der letzten Jahre, die nach dem Willen der Landesregierung noch bis zum Ende 2008 fortgesetzt werden sollten, belasteten neben der allgemeinen Verwaltung und dem Bildungsbereich vor allem die personalintensiven Sicherheitsbereiche von Polizei und Strafvollzug, so Bothner. Die Folge sei, dass die Gestaltung von Dienst- und Schichtplänen immer schwieriger werde. Die im Schichtdienst eingesetzten Bediensteten des Justizvollzugs müssten durch die Verlängerung der Arbeitszeit um 3,5 Stunden pro Woche 14 Tage zusätzlich im Jahr ihren anstrengenden Dienst versehen. Da krankheitsbedingte Ausfallzeiten zunehmen, liege die Ausfallzeit landesweit mit 23 Arbeitstagen pro Jahr so hoch wie schon lange nicht mehr, ohne dass dies durch personelle Ressourcen aufgefangen werden könne. Faeser bestätigte die Ausführungen des ver.di-Landesbezirksleiters und stellte dar, dass die Personalplanung des Justizministeriums im Oktober 2005 noch 1.849,5 Bedienstete im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) vorgesehen habe. In diesem Jahr sei die Anzahl der Stellen im Landeshaushalt bereits auf 1.728 von der Landesregierung herabgesenkt worden und der von der CDU mehrheitlich für das Jahr 2008 beschlossene Haushalt sehe trotz schwieriger werdender Gefangenenklientel und erhöhtem Betreuungs- und Behandlungsaufwand im Jugend- und Erwachsenenvollzug lediglich 1.729 Stellen vor. Damit habe sich der Personalbestand des uniformierten allgemeinen Vollzugsdienstes, der neben dem Behandlungsvollzug für die Sicherheit der Justizvollzugsanstalten verantwortlich sei, um 6,52 Prozent (120,5 Stellen) verringert. Und dies, obwohl die Anzahl der Gefangenen mit 5.693 im Jahr 2005 und 5.534 im Jahr 2006 sich bis heute kaum verändert habe, so Faeser. Die Folge sei, dass zum Beispiel in der Justizvollzugsanstalt Butzbach – einer JVA der höchsten Sicherheitsstufe, in der unter anderem schwere Gewaltverbrecher und Sexualstraftäter einsäßen – ein Bediensteter pro Station für 70 Gefangene zuständig sei, hob die Sozialdemokratin hervor. Hinzugetreten seien Tarifdiktat, zusätzliche Einkommensreduzierungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie ein Rückbau bei den Mitbestimmungsrechten, so dass die Stimmung nach Ansicht von Bothner bei den Bediensteten auf dem Nullpunkt angekommen sei. Doch nicht nur diese sich permanent verschlechternden Rahmenbedingungen bereiteten Faeser und Bothner große Sorge, sondern auch die sich hieraus ergebende zunehmende Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung. Sie wiesen darauf hin, dass der Justizminister nicht nur die Tradition seines Vorgängers fortgesetzt und die Vorbereitungsmaßnahmen zur Haftentlassung reduziert habe, sondern darüber hinaus bereits angekündigt worden sei, dass die für den Jugendstrafvollzug geplanten Resozialisierungsbemühungen nicht Handlungsmaßstab für den

Erwachsenenstrafvollzug werden könnten. Eine solche Einstellung verhindere nach Auffassung der Rechtspolitikerin Faeser aber nicht nur eine gezielte soziale und gesellschaftliche Wiedereingliederung Straffälliger, sondern erhöhe vielmehr die Zahl der rückfälligen Straftäter. Die Folgen würden neue Straftaten, zusätzliche Opfer von Straftaten und damit eine zunehmende Gefährdung der Bevölkerung sein. Bothner und Faeser hielten es zudem für völlig verfehlt, wenn der Justizminister durch den von ihm vorgelegten Haushalt des nächsten Jahres das Signal setze, dass er künftig den Einsatz von Personal durch die Anschaffung technischer Überwachungsmöglichkeiten ersetzen wolle. Dies sei ein eindeutiger Rückschritt im Bemühen um einen modernen und qualitativ hochwertigen Behandlungsvollzug. Diese Entwicklung werde die Sozialdemokratin Faeser nach einem Wahlsieg am 27. Januar 2008 und als künftige Ministerin des Landes Hessen im Interesse der Sicherheit der Bevölkerung beenden. So sei beabsichtigt, allein den AVD um 120 Personen personell aufzustocken.

Bothner begrüßte die Ankündigung der Sozialdemokratin ausdrücklich und hob hervor, dass es in diesem – aber auch in allen anderen Landesbereichen, wie zum Beispiel den Regierungspräsidien, bei denen seit 2005 538 Stellen (rund elf Prozent) abgebaut worden seien – wieder dringend erforderlich sei, dass die Beamten und Tarifangestellten künftig Arbeitsbedingungen vorfänden, die der Leistungsbereitschaft der Bediensteten gerecht werde und den gesamten öffentlichen Dienst in Hessen wieder zukunftsorientiert und bürgernah aufstelle. Der von Faeser und der SPD angekündigte Schritt, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung in Hessen die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden zu reduzieren sowie in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückzukehren, sei dabei nach Ansicht Bothners nach den jüngsten Versuchen der CDU und der Landesregierung, per Gesetz ein Tarifdiktat zu erreichen, ausdrücklich zu begrüßen und dringend erforderlich. In all diesen Fragen und hinsichtlich der Tatsache, dass eine ausreichende personelle Ausstattung des Landes notwendig sei, damit das Land seine Aufgaben auch weiterhin erfüllen könne, bestand eine hohe Übereinstimmung zwischen der SPD und ver.di, stellten Faeser und Bothner fest.

07.01.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Nancy Faeser (SPD-ZUKUNFTSTEAM Justiz) gegen hessische Bootcamps**

Rückfallquote: 80 Prozent – Aufklärungsquote: Hessen auf Platz 12 Als den „vollkommen falschen Weg zur Senkung der Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern“ bezeichnete heute Nancy Faeser (SPD-ZUKUNFTSTEAM Justiz) den CDU-Vorschlag zur Einrichtung von Erziehungscamps.

"Diese Camps nach amerikanischem Vorbild produzieren katastrophale Folgen: Fast jeder Jugendliche, der einmal in einem solchen Straflager war, wird nach seiner Entlassung straffällig.“Die US-amerikanische Idee, den Willen und die Würde von Menschen in Bootcamps zu brechen, produziere am Ende „brutalstmögliche“ Kriminelle: "Vor diesen Auswüchsen müssen wir die Menschen schützen", so Faeser. Das Endstadium einer solchen Ideologie könne man an vielen Orten in den USA besichtigen: Gefangene, die sieben Tage die Woche in Dunkelhaft säßen - oder in der schlimmsten Form: Das Straflager Guantanamo. "Roland Koch wandelt hier auf den Spuren der US-Republikaner und von George W. Bush. Wir Sozialdemokraten wollen keine solchen amerikanischen Verhältnisse in Deutschland", so die SPD-Justizexpertin. Faeser verwies darauf, dass Roland Koch 130 Stellen bei

Staatsanwälten und Richtern, 1.186 Stellen bei der Polizei und über 100 Stellen im Justizvollzug abgebaut habe. Die Folge seien eine 80-prozentige Rückfallquote bei jugendlichen Straftätern, jahrelange Strafverfahren und eine Aufklärungsquote die im bundesdeutschen Vergleich nur den zwölften Platz erreiche. "Statt US-Bootcamps wie Roland Koch zu fordern, sollten wir uns beispielsweise lieber die Schweiz oder die offene Jugendeinrichtung von Kannenberg in Diemelstadt zum Vorbild nehmen", forderte Faeser. Im hessischen Diemelstadt erziele die dortige offene Jugendeinrichtung eine Rückfallquote von unter zehn Prozent, in der Schweiz sei mit modernen pädagogischen Erziehungsmethoden eine Rückfallquote von 30 bis 40 Prozent üblich." Diese beiden Ansätze seien „der richtige Weg, den wir in Hessen gehen müssen. Bootcamps dagegen werden nur noch mehr Opfer produzieren“, so Faeser.

08.01.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Nancy Faeser (SPD): Roland Koch verhindert zeitnahen Jugendarrest**



"Wer Arrestanstalten schließt und gleichzeitig den Warnschussarrest fordert, handelt unglaublich", sagte heute die zukünftige SPD-Justizministerin Nancy Faeser in Wiesbaden.

Nach ihrer Einschätzung täusche Roland Koch mit seiner Forderung nach einem Warnschussarrest die Öffentlichkeit, denn er habe die Hälfte der Arrestplätze in Hessen abgeschafft. Faeser wies darauf hin, dass es unter rot-grüner Regierungsverantwortung in Hessen zwei Arrestanstalten für Jugendliche

gegeben habe. "Schon im Jahr 2000 hat Koch die Arrestanstalt in Kaufungen geschlossen und damit verhindert, dass eine schnelle Bestrafung von jugendlichen Straftätern fortgeführt werden konnte", so die SPD-Justizexpertin. Heute gebe es viel zu wenige Arrestplätze in Hessen, so dass Jugendliche ihren Arrest gar nicht antreten könnten und erst nach einer längeren Wartezeit überhaupt in Arrest kämen. Gleiches gelte im Übrigen auch für den Vollzug von Jugendstrafen. Meist läge zwischen der Verurteilung eines Jugendlichen zur einer Jugendstrafe und dessen Strafantritt ein Zeitraum von drei bis sechs Monaten. In dieser Zeit könnten sich die verurteilten Jugendlichen uneingeschränkt auf der Straße bewegen. "Roland Koch hat hier in den letzten Jahren keine Abhilfe geschaffen und eine Rückfallquote von 80 Prozent bei jugendlichen Straftätern zu verantworten. Auch die Täter des Überfalls auf einen Lokführer in Frankfurt am Sonntag waren Wiederholungstäter", so Faeser.

08.01.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Nancy Faeser (SPD): Koch plant weitere „Nullnummern-Gesetze“**

„Es gibt in ganz Hessen keinen einzigen Jugendlichen, der - ausweislich der Angaben des Statistischen Landesamtes für das Jahr 2006 - zu einer Höchststrafe von zehn Jahren verurteilt wurde und eine Jugendstrafe verbüßt“, teilte heute die zukünftige SPD-Justizministerin Nancy Faeser mit.

Die von der CDU geforderte Erhöhung des Strafrahmens für Jugendstrafrecht sei deshalb ein „Nullnummern-Gesetz“, weil kein einziger jugendlicher Straftäter davon betroffen wäre. Im Bereich der Heranwachsenden im Alter von 18 bis 21 Jahre würde eine Verschärfung ebenfalls keine Wirkung zeigen, hier verbüßten in Hessen nur viert verurteilte Täter eine Jugendhöchststrafe. „Die Forderung nach einer Verschärfung des Jugendstrafrechts ist nichts weiter als Rechtspopulismus. Kein Täter würde dadurch härter bestraft, kein Opfer geschützt“, so Faeser. Die Justizpolitikerin verwies darauf, dass Koch „Wiederholungstäter“ sei: Im Dezember hatte er ein Burka-Verbot an Schulen gefordert, obwohl es überhaupt keine Burkatragenden Mädchen in hessischen Schulen gäbe. „Das war die erste rechtspopulistische Wahlkampf-Nullnummer“, so Faeser. Sie gehe davon aus, dass auch der Vorschlag zum Warnschussarrest ein ebensolches Nullnummern-Gesetz werde: Da die Koch-CDU bereits im Jahr 2000 eine von zwei Jugendarrestanstalten in Hessen geschlossen habe, widerspreche auch hier die Ankündigungspolitik der Realität. Dadurch gebe es heute - anders als vor 1999 unter Rot-Grün - viel zu wenige Arrestplätze in Hessen, so dass Jugendliche, die zu einem Arrest verurteilt werden, häufig einfach nach Hause geschickt werden müssten: „Roland Koch fordert Warnschussarrest und schickt in der Realität die Straftäter wieder nach Hause. Das ist schlimmer als eine Nullnummer“, urteilte Faeser.

10.01.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **"Banzer hat die rote Laterne, denn Jugendstrafverfahren dauern in Hessen am längsten"**



"Hessen hat eindeutig die rote Laterne. In allen anderen westdeutschen Bundesländern kommen jugendliche Täter schneller hinter Schloss und Riegel", stellte heute die zukünftige SPD-Justizministerin Nancy Faeser fest. Wie heute aus der offiziellen Berliner Übersicht des Bundesamtes für Statistik bekannt wurde, dauern in Hessen Verfahren vor den großen Jugendkammern im Schnitt acht Monate, im Saarland sind es nur 3,8 Monate.

Auch bei Verfahren vor den Jugendrichtern und vor den Jugendschöffengericht hat Hessen den letzten Platz: Hier dauern die Verfahren in Hessen 4,1 bis 5,2 Monate im Durchschnitt, während Bayern beispielsweise nur 2,3 bis 2,8 Monate benötigt.

Faeser warf Justizminister Banzer in diesem Zusammenhang Untätigkeit und Nachlässigkeit vor: "Herr Banzer hat heute im Rahmen der Konferenz der Justizminister von CDU und FDP schriftlich erklärt, dass er alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, um gegen Täter vorzugehen. Offensichtlich ist das die Unwahrheit, denn er lässt die Täter monatelang frei rumlaufen. Zeit, in der sie neue Straftaten begehen können", so Faeser.

Zusätzlich zur erwiesenen generellen Wirkungslosigkeit des "Warnschuss-Arrest" würde dieser in diesem Zusammenhang auch noch ins Gegenteil verkehrt, wenn er erst ein Jahr - oder noch später - nach der Tat folge, so Faeser. Denn zu den acht Monaten durchschnittlicher Verfahrensdauer vor den Jugendkammern, komme auch noch die Zeit, die vergehe, bis das Verfahren überhaupt eröffnet werde. Faeser

kritisierte, dass in den letzten Jahren 120 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten von der CDU-Landesregierung abgebaut worden waren.

"Vor diesem Hintergrund muss ich die Strafrechtsforderungen von Minister Banzer als 'populistisches Geschwätz' bezeichnen. Er ist ja noch nicht einmal in der Lage, seine Justiz so zu organisieren, dass ganz normale Täter in angemessener Zeit abgeurteilt werden", so Faeser. Das es ganz anders gehe, machten ihm andere Bundesländer vor.

10.01.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **SPD sorgt für Innere Sicherheit**



SPD-Spitzenkandidatin fordert sachliche Debatte über Jugendkriminalität und die Versäumnisse der Hessischen Landesregierung Eine sachliche Debatte über Jugendkriminalität und die Versäumnisse der Hessischen Landesregierung haben die SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti und die Mitglieder ihres Zukunftsteams Nancy Faeser (Justiz) und Jürgen Walter (Innen) gefordert. Ypsilanti sagte: "Ich bin sehr besorgt, dass die Anlage dieser Themensetzung und die Wortwahl des Ministerpräsidenten eine

tiefgehende gesellschaftliche Spaltung bewirkt. Ich fordere ihn nachdrücklich auf, zu einer sachlichen Debatte zurückzukehren. Natürlich sind in Wahlkampfzeiten zugespitzte Diskussionen gefragt, davor schrecken wir auch nicht zurück. Aber wir lassen Herrn Koch keine oberflächliche Debatte durchgehen, die von seinen eigenen schweren Versäumnissen und Fehlern ablenkt."

Der Stil der Debatte führe das Anliegen der Integrationspolitik ad absurdum. "Wir brauchen einen gesellschaftlichen Dialog mit allen Beteiligten. Alle diejenigen, die sich ernsthaft und mit großem Engagement darum kümmern, Jugendliche aus der Gewalt und der Straffälligkeit zu holen, fühlen sich von dieser Debatte vor den Kopf gestoßen", sagte Ypsilanti. "Wir müssen die Diskussion in geordnete Bahnen bringen, zum Beispiel in den vor 15 Jahren unter SPD-Verantwortung gegründeten Landespräventionsrat, wo alle Beteiligten am Tisch sitzen. Als Ministerpräsidentin werde ich genau diese sachliche Diskussion initiieren."

Fünf Bereiche nannten die SPD-Politiker als entscheidend für die Bekämpfung der Jugendkriminalität. "Die SPD sorgt für die Innere Sicherheit, weil sie alle Aspekte von der Bildung über die soziale Prävention bis zur Repression durch Polizei und Justiz betrachtet." In allen diesen Bereichen habe die CDU-geführte Landesregierung beträchtliche Defizite aufzuweisen. "Herr Koch will auf das Feld des Strafrechts ausweichen, um von seinen Problemen in Hessen abzulenken." Die entscheidenden Faktoren für die Verhinderung von Jugendgewalt sind für die SPD:

1. Eine gute Schulbildung.

Die Zahl der Jugendlichen, die ohne Schulabschluss abgehen, ist immer noch viel zu hoch. Sie muss weiter drastisch gesenkt werden. Das politische Ziel ist, dass kein Kind ohne Schulabschluss von der Schule geht. Auch dafür steht unser Haus der Bildung.

Frühe Bildung ist der wesentliche Faktor für Integration von Kindern aus Migrantenfamilien. Wir treten ein für ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr,

auch um Sprachdefizite auszugleichen. Die flächendeckende Schuleingangsstufe ist die richtige Antwort, um allen eingeschulten Kindern mit ihrem individuellen Förderbedarf gerecht zu werden.

Ganztagschulen mit pädagogischem Profil sind gerade für Kinder aus problematischen sozialen Verhältnissen die notwendige Voraussetzung, um soziale Kompetenz zu erwerben.

## 2. Eine gute Ausbildung.

Jeder ausbildungswillige Jugendliche muss auch einen Ausbildungsplatz bekommen. Die Anstrengungen der Regierung Koch waren in diesem Feld unzulänglich. Es hat in der ablaufenden Legislaturperiode nie einen hessischen Ausbildungspakt gegeben, der dieses Wort wert war.

Tausende Altbewerber schauen perspektivlos auf ihre Zukunft. Die SPD tritt für ein so genanntes Altbewerberprogramm ein.

Um tatsächlich jedem Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen, sollen die Beruflichen Schulen zur zweiten Säule der Berufsausbildung bei Engpässen auf dem Ausbildungsmarkt entwickelt werden.

## 3. Soziale Prävention.

Die SPD hat immer davor gewarnt, dass die Kürzungen der "Operation Düstere Zukunft" auch die Sicherheit im Land beeinträchtigen und dies ausdrücklich zum Gegenstand von Beratungen im Landtag gemacht. Leider ohne Erfolg. Wir lassen der CDU auch nicht die Rosstäuscherei einer Frau Lautenschläger durchgehen, die jetzt jeden Euro für die Kinderbetreuung unter die Überschrift Prävention stellt, um ihr Versagen zu kaschieren.

Tatsächlich sind seit der "Operation Düstere Zukunft" im Jahr 2003 insgesamt rund 40 Mio. Euro im Bereich der Prävention gestrichen worden. Das betrifft zum Beispiel die Erziehungsberatung, die Förderung der offenen Erziehungshilfen in sozialen Brennpunkten, die Maßnahmen für straffällige junge Menschen, die Betreuung von Aussiedlerkindern und Jugendlichen in Wohnsiedlungen und Projekte für straffällige und strafgefährdete Jugendliche und junge Erwachsene.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird wieder ein Sozialbudget von 35 Mio. Euro schaffen, das auch diesen Trägern Planungssicherheit gibt.

## 4. Personalausstattung der Polizei.

Wirksame Polizeiarbeit braucht erstens eine ausreichende Zahl von Polizisten, die zweitens auch noch gut motiviert sein müssen. An beidem hapert es in Hessen. Die SPD wird das auch ganz deutlich machen: Die Personalnot bei der Polizei ist keine neue Erscheinung, sondern wurde von der Opposition über Jahre hinweg im Landtag thematisiert. Wir haben in den Haushaltsberatungen immer wieder darum gerungen, die Stellenstreichungen rückgängig zu machen, genug Ausbildungsplätze bereit zu stellen und die so genannte Wachpolizei auf eigenen Stellen zu führen, damit diese Stellen wieder frei werden für richtige Polizistinnen und Polizisten. Nach dieser jahrelangen Diskussion jetzt die Stellenstreichungen zu leugnen, wie Herr Bouffier dies tut, ist unredlich.

Die SPD wird das Personal der hessischen Polizei wieder aufstocken und die Stellenstreichungen der Regierung Koch rückgängig machen. Das ist der wesentliche Schritt, um die Personalnot dort zu beheben, die Arbeitssituation bei der Polizei und damit auch die Motivation der Beamtinnen und Beamten zu verbessern.

Aber bei der Polizei muss noch mehr geschehen: Es müssen deutlich mehr Migrantinnen für den Polizeidienst gewonnen werden. Die SPD-geführte Landesregierung hat damit Mitte der 90er Jahre unter den skeptischen Blicken der CDU begonnen, die inzwischen dazu gelernt hat. Der Anteil an ausländischen

Polizeivollzugsbeamten beläuft sich nach Angaben der hessischen Polizei auf gerade einmal 0,4 Prozent. Hier müssen die Anstrengungen deutlich erhöht werden.

## 5. Justiz

Auch hier sind erhebliche Versäumnisse zu beklagen: Die Schließung einer Jugendarrestanstalt, die Streichungen von Stellen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Das alles stellt die pädagogische Grundregel infrage, wonach gerade bei Kindern und Jugendlichen die Strafe auf dem Fuße folgen muss, um Einsicht zu wecken. Die SPD steht für schnelle rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren.

Gerade bei Heranwachsenden (18 bis 21) wäre eine häufigere Anwendung des beschleunigten Verfahrens wünschenswert, um ihnen das Unrecht ihrer Tat und die Konsequenzen daraus schnell vor Augen zu führen. Dies geht nur mit den notwendigen personellen Ressourcen, die zurzeit nicht zur Verfügung stehen. Angesichts dieser Defizite, ist es Augenwischerei über längere Haftstrafen oder Warnschussarreste zu diskutieren.

Es gibt kein Gesetzgebungsdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit. Hessen hat eindeutig die rote Laterne. In allen anderen westdeutschen Bundesländern kommen jugendliche Täter schneller hinter Schloss und Riegel. In Hessen dauern Verfahren vor den großen Jugendkammern im Schnitt acht Monate, im Saarland sind es nur 3,8 Monate. Auch bei Verfahren vor den Jugendrichtern und vor den Jugendschöffengerichten hat Hessen den letzten Platz: Hier dauern die Verfahren in Hessen 4,1 bis 5,2 Monate im Durchschnitt, während Bayern beispielsweise nur 2,3 bis 2,8 Monate benötigt.

21.01.08

Main-Taunus-Kreis (Wiesbadener Kurier)

**Nancy Faeser (SPD) zur Landtagswahl**



Im Schattenkabinett von Andrea Ypsilanti ist Nancy Faeser als Justizministerin vorgesehen, auf der Landesliste der SPD ist die Rechtsanwältin aus Schwalbach auf Platz elf bestens positioniert. Zum zweiten Mal wirbt die 37-Jährige, seit 2003 Mitglied des Landtags, auch direkt um die Stimmen der Wähler, und zwar als Direktkandidatin im östlichen Main-Taunus (Wahlkreis 32), und damit als direkte Gegenspielerin von Roland Koch.

In Bad Soden geboren, wuchs Faeser in Schwalbach auf, wo ihr Vater Bürgermeister war. Seit 1988 ist Nancy Faeser in der SPD aktiv, seit 1993 auch Mitglied des Kreistages. Kurier: Frau Faeser, um welche zwei inhaltlichen Schwerpunkte muss sich die künftige Hessische Landesregierung Ihrer Meinung nach in der neuen Wahlperiode ganz besonders kümmern. Soll bisherige Politik in diesen Bereichen fortgesetzt oder geändert werden?

Faeser: Einführung eines Mindestlohns und eine bessere Bildungspolitik sind aus meiner Sicht die beiden wichtigsten Themen. Viele zehntausend Menschen in Hessen arbeiten Vollzeit, aber ihr Einkommen reicht nicht, um ihre Familien zu ernähren. Eine neue Landesregierung muss die CDU-Blockade im Bundesrat überwinden und damit den Weg für einen bundesweiten Mindestlohn frei machen.

Gleichzeitig müssen wir die Situation überwinden, dass viele Kinder aufgrund der schlechten sozialen Lage ihrer Eltern keinen Schulabschluss bekommen oder nur einen Schulabschluss, der unter ihren Fähigkeiten liegt. Die Chancen in unserem Bildungssystem müssen sich ausschließlich am Können der Kinder orientieren und nicht am Geldbeutel der Eltern. Dazu brauchen wir mehr deutsche Spracherziehung im Kindergarten, mehr Ganztagschulen, kleinere Klassen und gezielte Förderung von schwächeren Schülern nach finnischem Vorbild.

Kurier: Was liegt im Main-Taunus-Kreis im Argen? Für welches Projekt oder politische Ziel wollen Sie sich in Ihrem Wahlkreis primär einsetzen?

Faeser: Erschreckend viele Kinder im Main-Taunus-Kreis können sich zurzeit die Teilnahme am Schulessen nicht leisten. Ich finde es unerträglich, dass die derzeitige Hessische Landesregierung am Essen für diese Kinder spart. Deshalb will ich dafür sorgen, dass das Schulessen für alle Kinder in Kindertagesstätten und an Ganztagschulen im Main-Taunus-Kreis künftig kostenlos wird.

Kurier: Begrüßen Sie den Bau der neuen Nordwestbahn am Frankfurter Flughafen und, wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Faeser: Ich habe im Landtag gegen den Ausbau des Flughafens gestimmt. Ich halte die Folgen für schwerwiegender als den Nutzen, den ein Ausbau bringen könnte. Der Ausbau wäre für mich nur innerhalb des Zaunes akzeptabel gewesen. Mit der derzeitigen Situation, dem offenen Wortbruch der CDU beim Thema Nachtflugverbot, wurden die Bürger bewusst hintergangen. Das werde ich nicht hinnehmen und mich für ein absolutes Nachtflugverbot einsetzen.

20.03.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Bekämpfung der Jugendkriminalität: Experten unterstützen SPD**



Breite Unterstützung für ihre Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in Hessen erhielt die sozialdemokratische Landtagsfraktion bei ihrem Expertenforum mit Titel „Wege in die soziale Moderne: Bekämpfung von Jugendkriminalität in Hessen“, an dem neben der rechtspolitischen Sprecherin Heike Hofmann und dem innenpolitischen Sprecher Günter Rudolph auch die Mitglieder des Zukunftsteams von Andrea Ypsilanti, Nancy Faeser (Justiz) und

Jürgen Walter (Innere Sicherheit), teilgenommen haben.

Durch die zahlreichen Beiträge der rund 50 Richtern, Staatsanwälten, Polizeibeamten und Vertretern der Anwaltschaft sowie der Gerichtshilfen sei deutlich geworden, wie massiv der von der CDU-Regierung durchgeführte personelle Aderlass auch diesen Bereich der Kriminalitätsbekämpfung belaste. Der Abbau von rund 1.200 Stellen bei der Polizei, von 130 Stellen bei Richtern und Staatsanwälten sowie die Einsparungen bei den Tarifbeschäftigten der Justiz und die Stellenstreichungen bei der Gerichts- und Bewährungshilfe hätten sich die Möglichkeiten zur Bekämpfung von Jugendkriminalität in den letzten Jahren in Hessen dramatisch verschlechtert. Deshalb werde sich die SPD-Landtagsfraktion in der neuen Legislaturperiode vor allem für eine verbesserte Personalausstattung bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichten einsetzen. Damit werde den

Jugendlichen signalisiert, dass strafbares Verhalten in Hessen verfolgt werde und vor allem auch zeitnah Sanktionen erfolgten, hob Nancy Faeser hervor. In diesem Zusammenhang erörterte sie ihren bereits im Januar vorgestellten „Aktionsplan zur Senkung der Rückfallquote und Prävention von Jugendkriminalität“ mit dem erschienen Fachpublikum und erhielt dabei große Zustimmung.

Die überwiegend aus den Bereichen Justiz und Polizei stammenden Praktiker seien sich mit der SPD-Landtagsfraktion darin einig gewesen, dass es in Hessen auf den einzelnen Politikfeldern dringenden Handlungsbedarf gebe, wenn man der Jugendkriminalität effizient begegnen wolle. Dies gelte im präventiven Bereich durch die Wiederherstellung der seit 2004 durch die CDU gestrichenen 7,74 Millionen Euro für Jugendhilfemaßnahmen und eine stärkere Vernetzung der zu an der Prävention beteiligten Institutionen, wie kommunale Einrichtungen, Polizei und Staatsanwaltschaften. Da man sich hier im Bereich des Jugendgerichtsgesetzes bewege, stehe hierbei aber nach Auffassung aller anwesenden Experten nicht die Verhängung von Haftstrafen, sondern der Erziehungsgedanke im Vordergrund. Dem, so Faeser, könne nach übereinstimmender Feststellung aller in besonderer Weise durch die Einrichtung von Erziehungs- und Präventionszentren Rechnung getragen werden. Die Erfahrungen in den anderen Bundesländern zeigten, dass man durch eine solche Zusammenarbeit der Strafverfolgungs- und kommunalen Jugendbehörden vor Ort zeitnah und sehr gezielt auf delinquentes Verhalten von Jugendlichen und Heranwachsenden reagieren könne.

Insgesamt sei der von der Rechtspolitikerin vorgestellte Aktionsplan mit seinen verschiedenen Einzelmaßnahmen und personellen Perspektiven daher auch von den anwesenden Richtern, Staatsanwälten, Polizeibeamten und Vertretern der Anwaltschaft sowie der Gerichtshilfen auf breiter Basis getragen worden.

Wenn nun die scheidende Landesregierung und mit ihr Teile der CDU Elemente der sozialdemokratischen Konzeption aufgreife, so sei dies aus Sicht Faesers zu begrüßen. Allerdings erwarte die Sozialdemokratin, dass dann auch die erforderlichen Haushaltsmittel, die noch bei den Beratungen im Dezember 2007 abgelehnt worden seien, zur materiellen und personellen Unterstützung zur Verfügung gestellt würden.

01.04.08

Wiesbaden (HR-Online)

### **Strafvollzug: Hünfeld doch kein Sparknast?**



Geld sparen wollte das Justizministerium mit der Teilprivatisierung des Gefängnisses Hünfeld. Doch angeblich soll der Strafvollzug dort teurer sein als in der staatlichen Vollzugsanstalt Darmstadt. Justizminister Jürgen Banzer (CDU) will trotzdem an dem Konzept festhalten.

Die "Süddeutschen Zeitung" hatte berichtet, Zahlen aus dem hessischen Ministerium zeigten, dass ein Haftplatz im Jahr 2007 in

Darmstadt pro Tag 79,28 Euro gekostet habe, während es in Hünfeld 83,18 Euro gewesen seien. Gehe man von 500 Gefangenen in Hünfeld aus, ergäben sich im Jahr hochgerechnet Mehrkosten von etwa 700.000 Euro. Sind teilprivatisierte Gefängnisse also teurer als staatliche?

Justizminister Banzer (CDU) hält solche Schlussfolgerungen für voreilig. Er betonte im hr-Hörfunk, dass die Haftkosten in vier anderen hessischen Gefängnissen – und damit auch im Landesdurchschnitt - deutlich höher seien als in der JVA Hünfeld. Die Differenz zwischen Darmstadt und Hünfeld erklärte Banzer mit Abschreibungen, die in einem neu gebauten Gefängnis wesentlich höher seien als bei Altbauten. Zudem sei zu berücksichtigen, dass in Darmstadt eine äußerst rentable Druckerei betrieben werde, die zu den niedrigen Kosten pro Haftplatz beitrage. Schon jetzt stehe aber fest, dass Hünfeld kostengünstiger als andere Justizvollzugsanstalten sei. "Ob es die günstigste ist, kann ich noch nicht sagen", so Banzer.

Justizministerium und der private Dienstleister Serco wollen in dem Ende 2005 eröffnetem Gefängnis in Hünfeld nun die Zahl der Mitarbeiter etwa in der Krankenpflege und im psychologischen Dienst verringern. Bis 2010 will das Ministerium dann überprüfen, wie es um die Betriebskosten in dem "Privat-Gefängnis" steht. Schon heute steht für Banzer aber fest, dass sich die Teilprivatisierung in anderer Hinsicht ausgezahlt hat: Hünfeld sei schneller und kostengünstiger gebaut worden, die Sicherheit sei ausreichend und die Qualität der Betreuung sei gut.

Opposition sieht sich bestätigt

Die SPD-Justizpolitikerin Nancy Faeser sprach gegenüber der Zeitung von einem "Skandal". "Das Konzept der Teilprivatisierung ist in Hessen gescheitert", sagte sie. Die Partei sehe sich darin bestätigt, dass Private hochwertigen Strafvollzug mit Schwerpunkt Resozialisierung nicht günstiger anbieten könnten.

Die Grünen bezeichneten die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld als "unproduktives Nebeneinander von privaten und staatlichen Stellen". "So entstehen Reibungsverluste, ein erhöhter Koordinierungsaufwand und eben auch mehr Kosten", sagte Andreas Jürgens, rechtspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/die Grünen. Das Projekt sollte schnellstmöglich beendet werden, forderte der Abgeordnete.

03.04.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

### **Nancy Faeser (SPD) warnt vor Personalabbau in der JVA Hünfeld**

Die gestrige Reaktion des Justizministers auf die Kostenentwicklung in der JVA Hünfeld sei völlig unangemessen, sagte heute die für den Justizvollzug zuständige Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser.

Der von Justizminister Banzer angekündigte Personalabbau beim Beratungsdienst, dem psychologischen Dienst und der Krankenpflege belaste nicht nur die staatlichen Vollzugsbediensteten, sondern gefährde den gesetzlichen Resozialisierungsauftrag und die innere Sicherheit der Anstalt. Faeser betonte, dass nur die soziale Wiedereingliederung Rückfallstraftaten vermeide und die Bevölkerung schütze. Die Sozialdemokratin erinnerte in diesem Zusammenhang nochmals daran, dass es die CDU-Landesregierung gewesen sei, die in der Vergangenheit gegen die ausdrücklichen Hinweise der Opposition immer wieder das hohe Lied der Privatisierung des Justizvollzugs gesungen habe: Im Jahre 2005 hätten Ministerpräsident Koch und der damalige Staatssekretär Landau die eindeutige Erwartungshaltung der CDU-Landesregierung formuliert und behauptet, durch die

Übertragung von mehr als 40 % der Betriebsleistungen an ein privates Unternehmen werde das Land jährlich etwa 660.000 Euro Betriebskosten einsparen.

Im November 2005 zeigte sich Roland Koch vom Konzept der JVA in Hünfeld begeistert und lobte sowohl das Einsparpotenzial sowie Entlastungen für den Steuerzahler.

Im darauf folgenden Juli 2006 sei dann die Beschäftigungsquote in der JVA in Hünfeld mit 62,6 % um 14,1 % höher gewesen als die Beschäftigungsquote in allen anderen hessischen Justizvollzugsanstalten und man habe sogar dies noch wenige Monate später auf 73 % steigern können. Und all dies, obwohl mit der Fa. Serco lediglich eine Beschäftigungsquote von 69,52 % bei Vollbelegung der Anstalt vertraglich vereinbart gewesen sei.

Zum „ersten Geburtstag“ der Hünfelder Anstalt habe Minister Banzer vollmundig mitteilen lassen, man habe eine Beschäftigungsquote von 76,2 % erreicht und man liege damit inzwischen 20 % über dem Durchschnitt der anderen Anstalten.

Gleichzeitig habe Banzer gefeiert, dass ein Hafttag in Hünfeld „rd. 10 % weniger koste als in einem vergleichbaren rein staatlichen Gefängnis“.

Jetzt auf einmal gelte dies alles gar nichts mehr, so Faeser. Banzer wolle von all diesen Erfolgsmeldungen offenbar nichts mehr wissen. Statt 660.000 Euro jährlicher Einsparungen gebe es 700.000 Euro zusätzliche Ausgaben gegenüber einer vergleichbaren Haftanstalt. Der Steuerzahler werde durch Hünfeld zusätzlich be- und nicht entlastet.

Die JVA Darmstadt sei hinsichtlich der Größe sowie der Sicherheitsstufe mit Hünfeld vergleichbar und verursache ohne besondere Belegung mit arbeitswilligen und arbeitsfähigen Strafgefangenen und ohne Übertragung von Betriebskosten auf einen privaten Dritten Haftkosten pro Tag, die rd. 5 % günstiger seien als in Hünfeld.



„Statt zu erklären, wo diese Kostensteigerungen herkommen, behauptete Banzer in seiner Pressekonferenz, dass das Kostenargument für den Betrieb einer teilprivatisierten Anstalt nicht mehr im Vordergrund stehe, sondern verwies auf die Sicherheitsbelange einer Haftanstalt,“ sagte die Rechtspolitikerin. Verantwortungsloser könne man die Realität nicht ausblenden.

Wenn der künftig geschäftsführende Minister nun meine, mit der Fa. Serco nachverhandeln zu müssen, damit sich das Betriebsergebnis durch Personalabbau u. a. rechnerisch noch verbessern lasse, so handele Banzer eindeutig gegen die Interessen des Landes

Hessen, das letztlich ebenso wie die staatlichen Vollzugsbediensteten die Kosten dieser Veränderungen werde tragen müssen.

09.04.08

Wiesbaden (Pressemitteilung)

**Nancy Faeser (SPD): Wir begrüßen die Übernahme sozialdemokratischer Konzepte zur Bekämpfung der Jugendkriminalität**

Die SPD-Justizpolitikerin Nancy Faeser begrüßte heute die Ankündigungen des geschäftsführenden Ministerpräsidenten, auch in Hessen das Modell des Hauses des Jugendrechts einführen zu wollen.

Die Rechtspolitikerin erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion diese Maßnahme zur effizienten Bekämpfung bereits im September 2007 gefordert habe. Die CDU und die damalige Regierung von Roland Koch hätten sich jedoch nicht nur geweigert, die sozialdemokratische Initiative mit zu tragen, sondern auch im Rahmen der Haushaltsberatungen die entsprechenden Anträge der SPD abgelehnt. Inzwischen scheine auch die geschäftsführende Landesregierung dazu gelernt zu haben und erfülle nun die von der SPD am 15. Januar dieses Jahres formulierten Forderungen nach zusätzlichen Arrestplätzen für Jugendliche und nach der Schaffung von Erziehungs- und Präventionszentren zur Bekämpfung der Jugendkriminalität.

## Kontakt:

### Anschrift:

Wahlkreisbüro  
Nancy Faeser MdL  
Nordring 33  
65719 Hofheim a. T.

### eMail:

[mail@nancy-faeser.de](mailto:mail@nancy-faeser.de)

### Telefon:

06192 – 97 777 77

### Fax:

06192 – 97 777 66

### Internet:

[www.nancy-faeser.de](http://www.nancy-faeser.de)

## Mein Team:



**Aylin Fischer**



**Swen Klingelhöfer**



**Daniela Beck**